



## «Nobelpreis» vom Bundesrat

**RENOMMIERT.** Daniel Loss (52), Professor für theoretische Physik an der Uni Basel, hat gestern von Bundesrat Didier Burkhalter (links) den Marcel-Benoist-Preis 2010 erhalten. Der 50 000-Franken-Preis ist der renommierteste Wissenschaftspreis der Schweiz und wird auch «Schweizer Nobelpreis» genannt. Loss (auf dem Bild mit seiner Frau) wurde für seine bahnbrechenden Arbeiten zur Physik des Quantencomputers

ausgezeichnet (BaZ vom Mittwoch). Er hat mit seinem Team ein Konzept zur Realisierung eines solchen Superrechners vorgelegt. Loss ist Direktor des 2005 gegründeten Basler Zentrums für Quantencomputing und Quantenkohärenz, das als eines der international führenden Forschungszentren gilt. 13 Wissenschaftler der Uni Basel erhielten seit 1920 den Benoist-Preis, zuletzt der Jurist Luzius Wildhaber. UF Foto Elena Monti

# Für eine unaufgeregte Integrationspolitik

Basler Sozialdemokraten präsentieren ein Positionspapier

PATRICK KÜNZLE

**Die SP fordert unter anderem eine bessere Frühförderung, gut durchmischte Schulklassen und mehr Polizeipräsenz in der Innenstadt, um Jugendgewalt zu verhindern. Zudem will sie die Hürden für die Einbürgerung von Ausländern verkleinern.**

Die Integrationspolitik ist ein heisses Thema in Basel. Im September kündigte Regierungspräsident Guy Morin (Grüne) an, er wolle das Integrationsleitbild überarbeiten. Damit reagierte er auf die klare Ablehnung des Ausländerstimmrechts in der Volksabstimmung. Zudem sprechen derzeit die bürgerlichen Parteien über eine gemeinsame Initiative zur Integration. Diese soll demnächst präsentiert werden – es geht nicht zuletzt um höhere Sprachhürden für die Einbürgerung. Zuvor hatten die Bürgerlichen im Frühling mit mehreren Vorstössen zum Thema Integration im Grossen Rat Schiffbruch erlitten.

Auch die Basler Sozialdemokraten wollen sich vertieft des Themas annehmen. Gestern stellten sie an einer Pressekonferenz den Entwurf für ein Positionspapier zur Integrationspolitik vor. Dieser Entwurf wird am kommenden Montag an der Delegiertenversammlung unter den Parteimitgliedern diskutiert. Auf der Grundlage des Positionspapiers sollen anschliessend politische Vorstösse

mit konkreten Forderungen eingereicht werden.

Der Grundtenor des Papiers ist klar: Die SP plädiert für eine unaufgeregte Integrationspolitik. Sie möchte sich von den bürgerlichen Parteien abgrenzen, welche das Basler Integrationsmodell grundsätzlich infrage stellen. Dieses sei eine «Erfolgsgeschichte», findet Parteipräsident Martin Lüchinger. Das Integrationsmodell müsse daher «eine Fortsetzung erfahren». Die SP wolle antreten «gegen die Angst vor Fremden». Gleichzeitig verschliesse die Partei keineswegs die Augen vor Schwierigkeiten im Bereich Integration. «Es bestehen Probleme, beispielsweise im Bereich der Kriminalität, der häuslichen Gewalt und Jugendgewalt», heisst es im Positionspapier.

**SCHULE IST ZENTRAL.** Um die Probleme zu entschärfen, setzt die SP primär auf Prävention. Eine zentrale Rolle spiele hierbei die Schule. «Das Basler Bildungssystem ist weniger integrativ als sein Ruf», kritisiert Grossrat Mustafa Atici. Er plädiert für einen Ausbau des Frühförderungsangebots, kostenlose oder günstige Tagesschulen und eine Erweiterung des schulischen Nachhilfeangebotes. Zudem müsse verhindert werden, dass es im Kanton Kindergarten- und Schulklassen gebe, in denen über 40 Prozent der Schüler dieselbe

Fremdsprache sprechen. «Die Kinder sollen auf dem Pausenplatz Deutsch reden», findet Atici.

Die SP baut aber auch auf Repression, «obschon dies für uns als Partei auf den ersten Blick nicht einfach ist», wie Tim Cuenod vom Parteivorstand zugibt. Er spricht sich für Massnahmen aus, welche «die Sicherheit der ganzen Basler Bevölkerung verbessern». Konkret findet er, dass es an Freitag- und Samstagabenden «eine stärkere Polizeipräsenz in der Innenstadt» brauche, um gewalttätigen Jugendbanden begegnen zu können. Interessant ist dieses Postulat, weil auch die SVP mit ihrer Sicherheitsinitiative und die CVP mit Anträgen im Grossen Rat mehr Polizeipräsenz fordern.

Von den Bürgerlichen abgrenzen möchten sich die Sozialdemokraten, indem sie eine erleichterte Einbürgerung von Ausländern fordern. Sie halten die Einbürgerungsgebühren für zu hoch: Diese betragen 2050 Franken für Personen, die älter sind als 23 Jahre. Auch die Wohnsitzpflicht im Kanton von fünf Jahren sei unangemessen. Die SP möchte die Frist auf zwei Jahre verkürzen. Damit zielt sie in die gleiche Richtung wie ein Ratschlag der Regierung, der auf eine Motion von Lukas Engelberger (CVP) zurückgeht und derzeit von der zuständigen Grossratskommission behandelt wird.

ANZEIGE

# Unsere Spitzenweine aus Italien

Qualität / Preis / Auswahl  
www.landi.ch

75 cl. <b>5.50</b> DAUERTIEFPREIS	75 cl. <b>7.50</b> DAUERTIEFPREIS	75 cl. <b>8.95</b> DAUERTIEFPREIS	75 cl. <b>17.90</b> DAUERTIEFPREIS
<b>Soave</b> 75 cl. Exklusiv bei LANDI CHF 5.50 88180	<b>Valpolicella</b> 75 cl. Exklusiv bei LANDI CHF 7.50 88793	<b>Ripasso DOC</b> 75 cl. Exklusiv bei LANDI CHF 8.95 88792	<b>Amarone DOC</b> 75 cl. Exklusiv bei LANDI CHF 17.90 88791